

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/014

Chronik vom 23. Juli 1947 bis zum 13. Oktober 1947

23.07.1947

SBZ: Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.

WBZ: In Hamburg werden am 23. Juli 1947 elf Trittbrettfahrer eines Personenzuges während der Fahrt durch die offene Tür eines Gegenzuges getötet.

24.07.1947

Berlin: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtet am 24. Juli 1947 (x116/27): >>... Die Berliner laufen sehr eifrig zu den Kundgebungen, die Tag für Tag überall in den Westsektoren stattfinden, um ihnen den Aushaltemut zu stärken.

Sie sind politischer geworden und härter im Nehmen. Sie wissen, was die Stunde geschlagen hat, wenn nur noch das rote Banner über Berolinas Kopf im erbarmungslosen Ostwind knattert.<<

31. Juli 1947

WBZ: Die Betriebsräte und Funktionäre des Industrieverbandes Bergbau protestieren am 31. Juli 1947 gegen die belgischen Reparationsforderungen im linksrheinischen Braunkohlengebiet (x111/350): >>Der Übergang verschiedener rheinischer Kraftwerke in belgischen Besitz bedeutet für die deutsche Kohlenwirtschaft, besonders für das linksrheinische Braunkohlengebiet, eine große Gefahr.

Die Betriebsräte und Funktionäre erkennen berechnete Forderungen auf Wiedergutmachung an, weisen jedoch darauf hin, daß die belgischen Forderungen nicht dem friedlichen Zusammenleben dienen und im Widerspruch zu den Grundsätzen stehen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt und von 50 Nationen anerkannt worden sind. ...<<

Juli 1947

SBZ/Ostpreußen: Durch das fortgesetzte Eintreffen von russischen Zivilisten verlieren die Deutschen im östlichen Ostpreußen ab Juli 1947 allmählich ihre Arbeitsplätze und Wohnungen. Da die Arbeitskraft der ca. 100.000 Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich ist, beginnt die "Aussiedlung" der restlichen deutschen Bevölkerung (x001/152E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens in den Jahren 1947-1949 (x001/94E-96E): >>... Während die Landbevölkerung weiter in unerträglich primitiven Verhältnissen lebte, begann sich sei 1947 wenigstens in Königsberg die Lage für die Deutschen etwas zu bessern. Seit dem Sommer flauten die Typhusepidemien ab. Im Dezember des gleichen Jahres kam die russische Währungsreform, durch die die Kaufkraft des Rubels erheblich erhöht wurde. Seitdem wurden die Lebensmittel billiger und die Versorgung der am Leben gebliebenen deutschen Bevölkerung, die für Arbeitsleistungen nunmehr auch entlohnt wurde, allmählich geregelter.

Zu dieser Zeit hatte die alte Ordensstadt aber infolge des fortgesetzten Zustroms russischer Zivilisten bereits das Aussehen einer russischen Stadt erhalten. Die ca. 25.000 am Leben gebliebenen Deutschen traten im Straßenbild kaum noch hervor, zumal sie weitgehend in die zerstörten und abgelegenen Stadtteile abgedrängt worden waren.

Das fortgesetzte Eintreffen von Zivilrussen nahm den Deutschen auch allmählich ihre Arbeitsplätze, die für sie die einzige Existenzmöglichkeit bedeuteten. Damit wurde es offensichtlich, daß die Deutschen in jeder Beziehung entbehrlich geworden waren, und es begann im Sommer und Herbst 1947, als durch die Besserung der Ernährungslage neue Hoffnung unter den Deutschen in Königsberg erwacht war, ihre Ausweisung nach den westlichen Teilen Deutschlands.

... Die Deutschen verloren damit auch als Arbeitssklaven an Bedeutung, und mit der gleichen Entschiedenheit, mit der die Sowjets in der vergangenen Zeit verhindert hatten, daß sie das sowjetisch besetzte Ostpreußen verließen, betrieben sie in den Jahren 1947-1949 ihre Ausweisung.

Abgesondert von dem sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens und getrennt von den dort ansässigen Deutschen erlebten nach Kriegsende die Memel-Deutschen ein besonderes Schicksal. ... Die verlassenen Wohnungen und Gehöfte der geflohenen Deutschen wurden bereits im Frühjahr und Sommer 1945 zum großen Teil von Litauern besetzt, wodurch die Rückkehr der Deutschen von vornherein erschwert war. ...

Trotz der nationalen Spannungen zwischen Litauern und Deutschen, die anlässlich der Rückgliederung des Memellandes im Jahre 1939 ... verstärkt worden waren, ist das persönliche Verhältnis zwischen Litauern und Deutschen im Memelland nach 1945 im allgemeinen durchaus freundlich gewesen. ...

... Sofern die Deutschen noch im Besitz ihrer Höfe waren, fiel ihr Land ebenso wie das der litauischen Bauern der im Jahre 1947 beginnenden radikalen sowjetischen Kollektivierungspolitik zum Opfer, die jeden privaten Grundbesitz aufhob. ...<<

SBZ: Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/109): >>... Im Sommer 1947 tauchte bei uns eine russische Ärztekommision auf, die uns auf Arbeitsfähigkeit untersuchte, weil wieder ein Transport nach Sibirien zusammengestellt wurde. Allerdings war der allgemeine Gesundheitszustand so schlecht, daß sie niemanden als tauglich mustern konnten.

Wie ich später von Betroffenen hörte, war der vorherige Transport aus Sachsenhausen nur bis Brest-Litowsk gekommen, weil der größte Teil der Gefangenen schon auf dem Transport starb und der Rest in so schlechter Verfassung war, daß er wieder nach Sachsenhausen zurückgebracht wurde.

Ich hörte bei der Untersuchung immer wieder: "Dystrophie". ...<<

WBZ: Die Schulchronik einer Gelsenkirchener Volksschule berichtet im Juli 1947 über die Schulspeisung (x117/100): >>... Die täglichen Schulspeisungen haben sich auf den Gesundheitszustand der Kinder günstig ausgewirkt. Die meisten Kinder berichten von Gewichtszu-

nahmen, manche bis zu 6-8 Pfund. Im ganzen sehen die Kinder wohler aus, jedenfalls merkbar besser als zu Beginn der Speisung.<<

Jugoslawien: Im Juli 1947 verurteilt das jugoslawische Militärgericht in Laibach insgesamt 12 Deutsche (unter ihnen sind u.a. General Kübler und der ehemalige Gauleiter von Kärnten, Dr. Friedrich Rainer) und einen jugoslawischen Staatsbürger zum Tod (x006/586).

Großbritannien: Premierminister Attlee (1883-1967, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, von 1945-1951 britischer Ministerpräsident) erklärt im Juli 1947 während einer Unterhaus-Debatte über die Unabhängigkeit Indiens (x067/261): >>Zu Anfang beschäftigten wir uns besonders mit Handel, der Gelegenheit bot, Reichtümer anzuhäufen. Im 18. Jahrhundert hatten die britischen Bürger, die aus Indien zurückkehrten, oft große Vermögen angesammelt und wurden "Nabobs" genannt.

Aber als die Zeit verging, gewann man mehr Bewußtsein von der Verantwortung, die in der Regierung durch die Ostindische Kompanie lag, eine Verantwortung für das Leben der vielen Millionen, die Gerechtigkeit und ruhiges Leben suchten. Der britische Verwaltungsbeamte in Indien richtete sich mehr und mehr am Wohlergehen des indischen Volkes aus, am Wohlergehen dieses großen Völkergemisches auf dem Kontinent, das durch Rasse, Kaste, Sprache und Religion getrennt ist. ...

Wenn wir über Jahre zurückblicken, sind wir sehr stolz auf die Arbeit, die unsere Mitbürger in Indien getan haben. Natürlich gab es Fehler, gab es Fehlschläge, aber wir können bekräftigen, daß unsere Herrschaft über Indien den Vergleich mit jeder anderen Nation aushält, die ein Volk zu regieren hatte, das so unterschiedlich von ihr selbst ist. ...

Darf ich hier an etwas erinnern, das man oft vergißt: So wie Indien seine Einheit und Freiheit von äußerer Aggression den Briten verdankt, so war der indische "National Congress" gegründet und angeregt von Menschen unserer eigenen Rasse, und schließlich, daß jede Beurteilung unserer Regierung in Indien durch Inder nicht auf der Grundlage dessen geschieht, was für die indische Vergangenheit galt, sondern aufgrund der Prinzipien, die wir ihnen selbst eingeflößt haben. ...<<

02.08.1947

CSR: "RUDE PRAVO" ("Rotes Recht") berichtet am 2. August 1947 (x154/11): >>In Karlsbad war der ... Genosse Dr. N. gezwungen, die folgende öffentliche Warnung auszusprechen: In letzter Zeit versuchen einige Personen und auch einige bedeutende Funktionäre in Karlsbad den Transfer der Deutschen aus dem Karlsbader Kreis zu verhindern.

Ich bitte die tschechische Öffentlichkeit, von solchen unwürdigen Interventionen abzulassen, und ich weise darauf hin, daß ich jeden, der unberechtigt für Deutsche interveniert, in der Tagespresse anprangern und gegen ihn nach dem Artikel Nr. 3 der Organisationsordnung vorgehen werde. ...

Die Tschechische Kommunistische Partei in Jirikov hat (z.B.) Josef Snopek, wohnhaft in Jirikov 697, aus der Partei ausgeschlossen, weil er für eine abgeschobene Deutsche intervenierte. Wenn alle anderen Parteien so vorgehen würden, wäre unser Grenzgebiet längst ohne Deutsche.<<

03.08.1947

Berlin: Alfred Kantorowicz (1899-1979, deutscher KPD-Politiker und Journalist) berichtet am 3. August 1947 in seinem Tagebuch über den Erfolg seiner Zeitschrift "Ost und West" (x111/352): >>Bislang sind mehr als 150.000 (in Worten: Einhundertfünfzigtausend!) Exemplare der ersten Nummer angefordert worden – man denke: 150.000 Exemplare einer teuren, auf anspruchsvollem intellektuellen Niveau gehaltenen Monatsschrift.

Auch das ist Deutschland heute, das lesehungrige, aufgeschlossene, wegsuchende Deutschland. ...<<

06.08.1947

Berlin: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 6. August 1947 auf einer Großkundgebung in Berlin die Politik der SED (x111/353): >>Wir haben den echten Separatismus hier im Osten erlebt. Das deutsche Volk will zueinander, aber die deutschen Kommunisten, das sind die Separatisten der Ostzone. ...

Und da erklären wir deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Politik dieser kommunistischen Idee: Wir Sozialdemokraten, wir wollen die demokratische Republik, aber wir wollen nicht die Volksrepublik Sepistan. ...<<

07.08.1947

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 7. August 1947 einen Runderlaß betreffend die Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher Nationalität - sogenannte Volksdeutsche - (x003/410-414): >>... § 10 ... Sobald die Entscheidung über die Entziehung der Staatsbürgerschaft rechtskräftig geworden ist, unterrichtet die allgemeine Verwaltungsbehörde, welche die Entscheidung gefällt hat, davon:

1. das Amt für Öffentliche Sicherheit, auf dessen Antrag das Verfahren durchgeführt wurde,
2. die zuständige Sozialversicherungsanstalt ...
3. die Gemeindeorgane der Sozialfürsorge, wenn die Person, welcher die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, Kinder besitzt, welche in Polen bleiben (§ 19 der Verordnung), zwecks Übernahme der Fürsorge für diese Kinder.

§ 12 Die Entscheidung über die Aussiedlung aus dem polnischen Staatsgebiet, die infolge der Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft gefällt wird, übermittelt die allgemeine Verwaltungsbehörde dem zuständigen Organ der Öffentlichen Sicherheit zur Durchführung.

§ 13 Die rechtskräftige Entscheidung über die Einziehung (Konfiskation) des Vermögens, die infolge der Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft ausgesprochen wird, übermittelt die allgemeine Verwaltungsbehörde zur Durchführung dem Bezirks-Liquidationsamt, das mit Rücksicht auf die Lage des einzuziehenden Vermögens zuständig ist. ...<<

09.08.1947

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 9. August 1947 ein Rundschreiben betreffend das Gesetz vom 28.04.1946 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die in den Wiedergewonnenen Gebieten wohnhaft sind (x003/415-416): >>Art. 1 des genannten Gesetzes lautet: "Die polnische Staatsbürgerschaft steht allen Personen zu, die vor dem 1. Januar 1945 in den Wiedergewonnenen Gebieten ihren ständigen Wohnsitz hatten, vor der Verifikationskommission ihre polnische nationale Zugehörigkeit nachgewiesen haben ... sowie eine Treuerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat abgelegt haben."

Wie wir sehen, steht die polnische Staatsbürgerschaft kraft Gesetzes allen Personen zu, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) ständiger Wohnsitz in den Wiedergewonnenen Gebieten vor dem 1. Januar 1945,
- b) Nachweis der polnischen Nationalität vor der Verifikationskommission, ...
- d) die Treuerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat abgelegt haben. ...

Voraussetzung

b) Was bedeutet es, die polnische Nationalität nachzuweisen? ... 1. Die Bestätigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit wird von einer Person polnischer Herkunft beantragt, welche Beweise ihrer polnischen Abstammung vorlegt, und 2. dasselbe wird von einer Person nicht-polnischer Herkunft beantragt, welche Beweise ihrer völligen Verbundenheit oder Zusammengehörigkeit mit der polnischen Nation vorlegt. ...

Wenn die volle Verbundenheit mit dem polnischen Volke vorhanden ist, ist ein vor dem 1. Januar 1945 ständiger Bewohner der Wiedergewonnenen Gebiete trotz der mangelnden polni-

schen Herkunft mit Rücksicht auf seine geistige Haltung und seine kulturelle Einstellung Pole. Andererseits ist ein vor dem 1. Januar 1945 ständiger Bewohner der Wiedergewonnenen Gebiete trotz seiner polnischen Herkunft kein Pole, wenn er vollkommen mit dem deutschen Volk verbunden war und mit Rücksicht auf seine geistige Haltung und seine kulturelle Einstellung Deutscher ist.

So bedeutet also der Nachweis der polnischen Nationalität den Beweis der vollen Verbundenheit, der vollen Zugehörigkeit mit dem polnischen Volke. ...<<

11.08.1947

WBZ: Während der ersten Interzonenkonferenz der Vertriebenen wird am 11. August 1947 in Stuttgart die "Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen" (ADFV) gegründet.

14.08.1947

WBZ: 22 SS-Angehörige und Wachleute des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald werden am 14. August 1947 in Dachau zum Tod durch den Strang verurteilt.

15.08.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 15. August 1947 den Befehl, illegal eingewanderte Grenzgänger in die sowjetische Besatzungszone abzuschieben.

Die Münchener Zeitung "Heute" berichtet am 15. August 1947 über ein Heimkehrerlager in Willingen im hessischen Bergland (x043/297): >>In Willingen ... finden Heimkehrer aus Rußland Erholung nach schweren Jahren. ...

Manchmal treffen sie - ausgemergelte, humpelnde, abgerissene Gestalten - mit anderen zusammen, die gutgenährt und braungebrannt aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft gekommen sind. ...

Ein Bericht der amerikanischen Militärregierung stellt fest: "Alle aus der Sowjetunion in die amerikanische Zone zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen befinden sich in so schlechter körperlicher Verfassung, daß sie zu jeder Arbeit unfähig sind, und manche von ihnen werden nie wieder arbeiten können. ...<<

Großbritannien: Indien und Pakistan werden am 15. August 1947 in die Unabhängigkeit entlassen.

In den folgenden Jahren erfolgt schließlich die Auflösung des Kolonialgebildes British Commonwealth of Nations.

Indien: Mit Glockengeläut und Feuerwerk feiern die Inder am 15. August 1947 in Neu-Delhi ihre Unabhängigkeit und das Ende der über 190 Jahre dauernden britischen Kolonialherrschaft (x175/430).

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über das Ende des britischen Empires (x364/166-167:

>>... **Die Liquidierung des Empires**

Mit der Stagnation der englischen Wirtschaft schnellte die Inflation in die Höhe. Um England über Wasser zu halten, wurden seiner Wirtschaft massive Dollarspritzen verabreicht, die der amerikanische Steuerzahler spendierte, und zwar entweder durch Direktkredite oder den Internationalen Währungsfonds.

Den Briten wurden immer höhere Steuerlasten aufgebürdet, die aber wenig halfen, das unvermeidliche Ende abzuwenden. Im Jahr 1949 erlitt das einstmals stolze englische Pfund Sterling eine massive Abwertung.

Ebenfalls im Jahr 1949 erklärte Sir Stafford Cripps, ein führendes englisches Kabinettsmitglied, "die Liquidierung des British Empire ist eine wesentliche Voraussetzung für den Sozialismus".

Einige Jahre später äußerte ein anderer Sozialist Fabianscher Couleur, Arthur Skeffington, "wir als Sozialisten glauben sicher, daß die einzige Zukunft für eine gesunde Entwicklung in

den Kolonialgebieten auf den Grundsätzen des Sozialismus basieren muß".

Das einstmals große Britannien schrumpfte zu einem "Klein-England" zusammen, dem schrecklich verweichlichten "kranken Mann" Europas.

Hoffnungen in jüngster Zeit, die Entdeckung eines großen Erdölvorkommens in der Nordsee werde England auf den Weg zu nationaler Genesung bringen, haben sich in dünne Luft aufgelöst. Die enormen Gewinne daraus sind nicht in die englische Wirtschaft geflossen, um den ungeheuren Druck zu erleichtern, den der Staat dem langgeplagten englischen Steuerzahler aufbürdet, sondern in die Tresore der internationalen Banker in ihrem Hauptquartier "Die City" von London.

Heute steht England am Rande des Vergessens, ruiniert von dem Krebs des Liberalismus. Dieser einst großen Nation wurden der Verstand, das Herz und das Rückgrat von dieser tödlichen Krankheit verzehrt. Die Zeitschrift "US News and World Report" schrieb 1980: "Die meisten Engländer sehen einem trüben Jahrzehnt entgegen. Der Lebensstandard dürfte zweifellos sinken. Die industrielle Produktion lahmt weit hinter anderen großen Nationen hinterher."

Ohne eine dramatische Veränderung - eine tiefgreifende nationale Rückbesinnung, mit der sich England im 17. Jahrhundert erneuerte - wird England weiterhin in Verzweiflung dahinsiechen, bis auch die letzten Krücken von der unsichtbaren Hand beseitigt werden und seinen Kollaps in die totale Namenlosigkeit zulassen, damit es die illuministische Neue Weltordnung zu seiner eigenen mache. ...<<

16.08.1947

SBZ: Auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947 werden "Sonderstrafkammern" der Landgerichte gebildet, um die Entnazifizierung durchzuführen.

In der sowjetischen Besatzungszone dient die Entnazifizierung hauptsächlich dazu, die NS-Führungsschicht, Kapitalisten und sog. "Staatsfeinde" auszuschalten. Die sowjetische Besatzungsmacht enteignet grundsätzlich alle Besitzer von Produktionsmitteln, falls man ihnen eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime zur Last legen kann. Ferner entläßt man in Mitteldeutschland alle "politisch belasteten" Richter, Verwaltungsbeamte und Lehrer aus dem öffentlichen Dienst.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Entnazifizierung" in der SBZ (x009/111): >>Grundlegend für die Entnazifizierung in der SBZ war das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung erfolgte

a) gemäß Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12.1.1946 (als wirtschaftliche und berufliche Maßreglung) durch "Entnazifizierungskommissionen";

b) gemäß Kontrollrats-Gesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 ... (als gerichtliche Bestrafung) durch "Sonderstrafkammern" der Landgerichte, die auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 gebildet wurden.

Befehl 201 brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfere Strafen gegen Schuldige. Die Entnazifizierung war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmaßnahmen zu tarnen, vor allem in Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die Enteignung in der SBZ wurden nie veröffentlicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110): >>Nach Art. 23 der Verfassung dürfen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung vorgenommen werden, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

In einigen Enteignungsgesetzen ist eine Entschädigung vorgesehen. Diese Ansprüche stehen jedoch oft nur auf dem Papier. Der Mißbrauch des Eigentums hat nach Art. 24 grundsätzlich entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge. Private wirtschaftliche Unternehmen, "die für die Vergesellschaftung geeignet sind", können ent-

eignet werden. Alle Bodenschätze, Naturkräfte, Bergwerke sowie die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind gemäß Art. 27 und 25 der Verfassung verstaatlicht worden.

Schon vor dem Inkrafttreten dieser Verfassungsbestimmungen war das private Eigentum mehreren Enteignungsaktionen ausgesetzt. Durch die bereits 1945 eingeleitete Bodenreform wurden alle landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 100 ha enteignet.

Die nach Befehl Nr. 124 der SMAD angeordnete Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" wurde als Vorwand benutzt, die wichtigsten Industriebetriebe mit etwa 40 % der Gesamtproduktion in Volkseigentum zu überführen.

Der SMAD-Befehl 201 vom August 1947 leitete die nächste Enteignungswelle ein, in der das Vermögen angeblicher Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch Strafurteile eingezogen wurde.

Die Vermögenseinziehung ist dann regelmäßig auch in anderen politischen Strafverfahren nach Art. 6 der Verfassung der Kontrollratsdirektive 38 und in zahlreichen Wirtschaftsstrafsachen verhängt worden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Eigentum" in der SBZ (x009/105-106): >>Einen einheitlichen Eigentumsbegriff gibt es nicht mehr.

Man unterscheidet zwischen staatlich-sozialistischem Eigentum oder Volkseigentum, genossenschaftlich-sozialistischem Eigentum sowie dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das "Volkseigentum" ist die höchste Form des gesellschaftlichen Eigentums. Eigentümer ist das "gesamte werktätige Volk in Gestalt seines Staates". "Volkseigentum" ist also gleichzusetzen mit dem Staatseigentum. Es ist "die entscheidende ökonomische Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht". Es entstand durch Enteignung.

Das genossenschaftliche sozialistische Eigentum ist gegenüber dem "Volkseigentum" gesellschaftliches Eigentum einer niederen Entwicklungsstufe, weil hier nur ein bestimmtes Produktions- oder Verbraucherkollektiv Eigentümer ist. Es entsteht durch Sozialisierung des Privateigentums der in den Genossenschaften vereinigten Bürger. ...

Das Privateigentum ist seit 1945 durch Enteignung stark reduziert worden. Zahlreiche Verfügungsbeschränkungen, vor allem für das Grundeigentum, haben den Begriff des privaten Eigentums ausgehöhlt. So bedarf die wirksame Übereignung eines bebauten oder unbebauten Grundstücks einer Genehmigung. ...

Das persönliche Eigentum ist das durch "eigene gesellschaftliche Arbeit" erworbene Eigentum an Gegenständen des persönlichen Bedarfs. Hierzu werden auch Siedlungshäuser und Eigenheime gerechnet, nicht dagegen der Grund und Boden, der niemals Objekt des persönlichen Eigentums sein kann.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Periodisierung" (Klassenkampf) in der SBZ (x009/325): >>Nach der marxistischen Theorie entwickelt sich die menschliche Gesellschaft in einer Kette von Klassenkämpfen. ...

Die erste Phase nach der Kapitulation von 1945 wird dementsprechend für die SBZ als Periode der "antifaschistisch-demokratischen Ordnung" bezeichnet, in der die "Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution" auf der Tagesordnung stand. Diese Periode endete mit der Gründung der DDR im Oktober 1949.

Ihre wesentlichen Kriterien sind: Enteignung des Großgrundbesitzes (Bodenreform), Enteignung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, Zerschlagung der Reste des alten Verwaltungs- und Justizapparates sowie die sog. demokratische Bildungsreform.

Zugleich wurde ab Mitte 1948 durch die Umbildung der SED in eine bolschewistische Kaderpartei die Grundlage für die Inangriffnahme der "proletarischen Revolution" geschaffen.

Mit der zwischen 1949 und 1952 durchgeführten Unterwerfung aller übrigen Parteien und Organisationen vollzog sich der Übergang von der "antifaschistisch-demokratischen" Periode

zur Volksdemokratie.

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" proklamiert. Völlige Zentralisierung der Verwaltung, strikte Unterordnung des Staatsapparates unter die Befehlsgewalt der SED, volle Verstaatlichung der Industrie und Teilkollektivierung der Landwirtschaft sind die entscheidenden Maßnahmen in dieser Periode. Auf dem V. Parteitag der SED proklamierte Ulbricht den Übergang in die neue Phase der Vervollendung des Sozialismus. In dieser Periode erfolgte im April 1960 der Abschluß der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Diese parteioffizielle Periodisierung unterschlägt allerdings die entscheidende Tatsache, daß diese gesellschaftlichen Prozesse, die die einzelnen Phasen kennzeichnen, keineswegs aus innerem Zwang, aus den Bedürfnissen und der Bereitschaft der Bevölkerung erfolgten, sondern als eindeutiges Diktat einer kleinen Minderheit.

Dieses Diktat wurde zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von der im Schutze ihrer Bajonette arbeitenden SED-Führung ausgeübt, der es bis heute nicht gelungen ist, die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen und damit den Akt der "kalten Revolution" zu legalisieren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsapparat" der SBZ (x009/416): >>Zum Staatsapparat gehören nach kommunistischer Lesart die Regierung, der Verwaltungsapparat, die Streitkräfte, die Polizei, der Sicherheitsdienst, die Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Der Staatsapparat wird als "Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus" mit "politisch-erzieherischen und wirtschaft-organisatorischen Funktionen" bezeichnet. Grundlegendes Organisationsprinzip des Staatsapparates ist der demokratische Zentralismus. Verpflichtendes Arbeitsprinzip ist die Parteilichkeit im Sinne der SED, die über die regionalen und zentralen Organe den Staatsapparat kontrolliert und anleitet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Apparat" (x009/24): >>Bezeichnung für die Gesamtheit der von hauptamtlichen Funktionären besetzten hierarchisch gegliederten Dienststellen der SED (Parteiapparat), der Staatsverwaltung (Staatsapparat) und der Massenorganisationen.

Die Untergliederung der Apparate in Büros, Sekretariate, Abteilungen und Sektoren entspricht in den Massenorganisation dem Vorbild des Parteiapparates. Die Gliederung des Parteiapparates dient u.a. einer möglichen effektiven Kontrolle und Anleitung des Staatsapparates.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet später über die "Demokratie" in der SBZ (x009/92): >>... Nach Auffassung Marx' und Engels' ist in der Demokratie die Ausbeutung nicht aufgehoben. ...

Dennoch stellt nach klassisch-marxistischer Auffassung die bürgerliche Demokratie einen Fortschritt gegenüber dem absolutistischen Feudalstaat dar, weil sie dem Proletariat das Wahlrecht, Rede- und Koalitionsfreiheit bringt und damit erleichternde Voraussetzungen für die Zerstörung der kapitalistischen Ordnung schafft.

Die bürgerliche Demokratie ist zwar eine "Diktatur der Minderheit über die Mehrheit", der Bourgeoisie über das Proletariat, bildet aber ein erstrebenswertes Übergangsstadium auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus und damit zu einer "Diktatur der Mehrheit über die Minderheit". Noch Lenin erklärte: "Die reine Demokratie ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält" (Ausgewählte Werke, Bd. 2, Moskau 1947, S. 423).

Mit dem Eintritt der Sowjetunion in die Weltpolitik (Aufnahme in den Völkerbund 1934) erfuhr ihre Einstellung zur Demokratie eine Wandlung, die mit dem anglo-amerikanisch-sowjetischen Bündnis von 1941 abgeschlossen wurde. Die Sowjetunion glaubte, ihre weltanschaulichen Gegner mit den eigenen Waffen zu schlagen, indem sie die Staatsform der So-

wjetunion als die wahre Demokratie, als eine "Demokratie für die Werktätigen, eine Demokratie für alle" und damit als "reale Demokratie" gegenüber der bloß "formalen" bürgerlichen Demokratie bezeichnete.

Der Begriff Demokratie wurde nach dem Kriege in den Satellitenstaaten und der SBZ zur Kennzeichnung des Übergangszustandes auf dem Wege zur Bolschewisierung durch die Begriffe Volksdemokratie oder Antifaschistisch-demokratische Ordnung willkürlich gedehnt und mißbraucht.

In jüngster Zeit wird das Bestreben der ehemaligen Kolonialländer nach Unabhängigkeit unter dem Begriff der Nationaldemokratie von den Bolschewisten auf sowjetische Empfehlung hin positiv gewertet, da man darauf spekuliert, die Entwicklungsländer gegen das kapitalistische Lager zu gewinnen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Proletariat" in der SBZ (x009/342-343): >>Diejenigen, die nichts besitzen als ihre Nachkommenschaft.

Marx entwickelte daraufhin den Klassenbegriff Proletariat. Im Gegensatz zur Bourgeoisie besitzt das Proletariat kein Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Proletarier verkaufen auf dem kapitalistischen Markt ihre Arbeitskraft als Ware, begeben sich damit in Abhängigkeit und sind schutzlos der Ausbeutung durch den Kapitalismus unterworfen, der sie aus Profitgründen in materieller Not vegetieren läßt.

Diese in der Zeit der ersten industriellen Revolution und des Frühkapitalismus aufgestellten Thesen werden von der Propaganda des Ostblocks auch heute noch ständig gebraucht. Obwohl in den westlichen Demokratien durch den Kampf der freien Gewerkschaften und durch staatliche Maßnahmen längst eine fortschrittliche Arbeits- und Gesetzgebung in Kraft ist, der materielle Wohlstand der Arbeiterschaft weit über dem des Ostblocks liegt und ein Proletariat im marxistischen Sinne kaum noch existiert, spricht die kommunistische Propaganda heute noch von der Not, dem Elend und der Unterdrückung des Proletariats in den kapitalistischen Ländern.

Diese These steht im Widerspruch zu den Erklärungen, die Sowjetunion und die Volksdemokratien hätten sich das Ziel gesetzt, den Pro-Kopf-Verbrauch der westlichen Länder zu erreichen und zu überholen.

Mit der Erklärung, das Proletariat könne von sich aus nur ein gewerkschaftliches, aber kein revolutionäres Klassenbewußtsein entwickeln, dieses müßte von außen in die Arbeiterschaft hineingetragen werden, wird der Führungsanspruch der bolschewistischen Parteien, ihr Anspruch als "Vorhut des Proletariats" zu agieren, begründet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Werktätigen" in der SBZ (x009/482-483): >>Von Lenin eingeführter Begriff für diejenigen mittleren Gesellschaftsschichten - Kleinbürger, Kleinbauern, Angestellte -, die weder Proletarier sind noch zu den Ausbeutern gehören.

Lenin sah diese Mittelschicht als potentiellen Verbündeten des Proletariats in der bolschewistischen Revolution an, ohne sie jedoch als "Klasse" zu definieren.

Unter Stalin wandelte sich dann der Begriff Werktätiger, der nunmehr alle Mitglieder der Bevölkerung mit Ausnahme der "Ausbeuter", also auch die Arbeiterschaft, umfaßt. Diese Begriffsfassung ist offensichtlich propagandistisch-taktisch motiviert.

Sie hat auch mit der Liquidierung der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Betriebe ihre volle Aktualität behalten, zumal der Partei sehr daran liegt, den Kontrast zwischen Arbeitern und Angestellten - zu letzteren gehört ja auch die Funktionärshierarchie! - für die meisten Zwecke zu verwischen. Die Klassenproblematik der Angestellten ist im Marxismus-Leninismus ohnehin nie erörtert worden. Außerdem kommt dem Begriff Werktätiger eine erhöhte Bedeutung in der bolschewistischen Polemik gegen die "kapitalistischen" Staaten zu.

Die Werktätigen - bzw. damit synonym: die "Völker" - werden völlig wahrheitswidrig mit der

"bourgeoisien Führung" dieser Staaten konfrontiert, und es wird der Anschein erweckt, als ob die westlichen Regimes nur von Minderheiten getragen würden und die kommunistischen Funktionäre die legitimierte Sprecher der Werktätigen in diesen Ländern demgegenüber wären.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Volksdemokratie" in der SBZ (x009/463-464): >>Nach Dimitroff eine neue, nach 1945 in den ost- und mitteleuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion (zunächst in Jugoslawien, später auch in China) eingeführte Form der Diktatur des Proletariats und damit, nach bolschewistischer Sprachregelung, des "sozialistischen Aufbaus", der sich in 2 Phasen "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" und "Vollendung des Sozialismus" gliedert.

Voraussetzung für die Errichtung der Volksdemokratie in Europa war in allen Fällen die Anwesenheit sowjetischer Besatzungstruppen und die moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung der kommunistischen Parteien durch Moskau.

Unter Bruch der Jaltaer "Deklaration über das befreite Europa", nach der sich die Sowjetunion 1945 zur Errichtung selbständiger, nationaler Staaten mit vom Volk demokratisch gewählten Regierungen verpflichtet hatte, erzwang Moskau über die Blockpolitik der "Nationalen" oder "Vaterländischen Fronten" - einer spezifischen Erscheinungsform der Volksdemokratie - die Vorherrschaft der kommunistischen Parteien. Säuberungen und die systematische Ausschaltung aller nichtkommunistischen Kräfte aus den Schlüsselstellungen vereitelten jede erfolgreiche Opposition.

Die europäischen Volksdemokratien sind untereinander unter Führung der Sowjetunion sowohl allgemeinpolitisch als auch wirtschaftspolitisch und militärisch durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Warschauer Beistandspakt straff koordiniert, die asiatischen durch bilaterale Verträge eng verbunden. ...

Jeder Versuch, die Zusammenarbeit der Volksdemokratie mit der Sowjetunion abzuschwächen oder aus dem Ostblock auszuschließen, gilt, wie die Ereignisse in Polen und Ungarn bewiesen haben als "Attentat auf die Existenzgrundlage der Volksdemokratie" und wird von der Sowjetunion mit wirtschaftlichen und politischen Zwangsmaßnahmen, wie z.B. 1948/49 gegenüber Jugoslawien, oder mit offener militärischer Invasion, wie in Ungarn 1956, beantwortet.<<

17.08.1947

Jugoslawien: Der deutsche evangelische Bischof Helmuth Johnsen (1891-1947, als Hauptmann der Reserve in Gefangenschaft geraten) wird am 17. August 1947 im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager Zrenjanin liquidiert (x130/230).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schreibt später über den Tod des evangelischen Bischofs Helmuth Johnsen (x130/230-231): >>... Bisher (bis zum 17.08.1947) war es üblich gewesen, daß ein festes Kommando von Kriegsgefangenen täglich die Latrine entleeren und die Jauche nachts wegfahren mußte.

Plötzlich wurde der Befehl geändert und zwar dahingehend, daß der Reihe nach jeder Lagerinsasse einmal drankommen sollte. So kam auch die Reihe an Bischof Johnsen. Es wurden jeweils drei Mann abgeordnet, zwei mußten schöpfen und einer das Pferd anschirren und unter Begleitung von ein oder zwei Posten aufs Feld fahren.

Da Johnsen nichts von Pferden verstand, machte er mit seinen Kameraden aus, daß er mit schöpfen wolle. Sie meldeten das dem Posten, aber in diesem Augenblick kam der Aufseher dazu und diesem gab der volksdeutsche M. ein Zeichen, auf Johnsen weisend, und sagte: "Das ist er!"

Daraufhin sagte der Aufseher zu Johnsen: "Du fährst!"

Johnsen erklärte noch einmal, daß er nichts von Pferden verstehe, doch es half ihm alles nichts; die beiden jugoslawischen Posten haben sogar selbst das Pferd angeschirrt.

Die beiden Kameraden, die dann zum Schöpfen zurückblieben, namens W. und Sch., haben Johnsen mit dem Wagen das Lager nicht mehr verlassen sehen und sind der Ansicht, daß er gleich im Pferdestall umgebracht worden ist. Nachts wurde dann sein Gepäck aus der Baracke herausgeholt, und es gab allerlei Bewegungen bei den jugoslawischen Mannschaften.

Am nächsten Morgen wurde dann offiziell vom Lagerkommandanten ausgegeben, Johnsen sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden.<<

18.08.1947

WBZ: In Hannover wird am 18. August 1947 die Exportmesse (vom 18. August bis zum 7. September 1947) durch die alliierte Militärregierung eröffnet.

Rund 1.300 Ausstellerfirmen aus den Westzonen und West-Berlin sind vertreten.

Polen: Die polnische Regierung berichtet am 18. August 1947, daß man die "Umsiedlung" der Deutschen bis Mitte Oktober 1947 beenden will.

20.08.1947

WBZ: In Nürnberg wird am 20. August 1947 im ersten NS-Ärzteprozeß (gegen 23 ehemals führende nationalsozialistische Mediziner) das Urteil verkündet.

7 Angeklagte (Karl Brandt, Karl Gebhardt, Rudolf Brandt, Joachim Maugosky, Wolfgang Sievers, Viktor Brack und Waldemar Koven) werden zum Tod durch den Strang, 5 Angeklagte werden zu lebenslänglich Zuchthaus und 4 Angeklagte zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von 10 bis 20 Jahren verurteilt. 7 Angeklagte werden freigesprochen (x111/356).

Im Verlauf des Nürnberger Ärzteprozesses im Jahre 1947 betraten die Richter des US-Militärgerichtshofs juristisches Neuland, denn die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen, die man den angeklagten Ärzten zur Last legte, waren unter dem Deckmantel von medizinischen Experimenten erfolgt.

Die Grundlage des Ärzteprozesses bildete der sogenannte Nürnberger Kodex (x1.037): >>1. Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. Das heißt, daß die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muß, ihre Einwilligung zu geben; daß sie in der Lage sein muß, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; daß sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muß, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können. Diese letzte Bedingung macht es notwendig, daß der Versuchsperson vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wesen, die Länge und der Zweck des Versuches klargemacht werden; sowie die Methode und die Mittel, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen. Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht und Verantwortlichkeit, welche nicht straflos an andere weitergegeben werden kann.

2. Der Versuch muß so gestaltet sein, daß fruchtbare Ergebnisse für das Wohl der Gesellschaft zu erwarten sind, welche nicht durch andere Forschungsmittel oder Methoden zu erlangen sind. Er darf seiner Natur nach nicht willkürlich oder überflüssig sein.

3. Der Versuch ist so zu planen und auf Ergebnissen von Tierversuchen und naturkundlichem Wissen über die Krankheit oder das Forschungsproblem aufzubauen, daß die zu erwartenden Ergebnisse die Durchführung des Versuchs rechtfertigen werden.

4. Der Versuch ist so auszuführen, daß alles unnötige körperliche und seelische Leiden und Schädigungen vermieden werden.

5. Kein Versuch darf durchgeführt werden, wenn von vornherein mit Fug angenommen werden kann, daß es zum Tod oder einem dauernden Schaden führen wird, höchstens jene Versuche ausgenommen, bei welchen der Versuchsleiter gleichzeitig als Versuchsperson dient.
6. Die Gefährdung darf niemals über jene Grenzen hinausgehen, die durch die humanitäre Bedeutung des zu lösenden Problems vorgegeben sind.
7. Es ist für ausreichende Vorbereitung und geeignete Vorrichtungen Sorge zu tragen, um die Versuchsperson auch vor der geringsten Möglichkeit von Verletzung, bleibendem Schaden oder Tod zu schützen.
8. Der Versuch darf nur von wissenschaftlich qualifizierten Personen durchgeführt werden. Größte Geschicklichkeit und Vorsicht sind auf allen Stufen des Versuchs von denjenigen zu verlangen, die den Versuch leiten oder durchführen.
9. Während des Versuches muß der Versuchsperson freigestellt bleiben, den Versuch zu beenden, wenn sie körperlich oder psychisch einen Punkt erreicht hat, an dem ihr seine Fortsetzung unmöglich erscheint.
10. Im Verlauf des Versuchs muß der Versuchsleiter jederzeit darauf vorbereitet sein, den Versuch abubrechen, wenn er auf Grund des von ihm verlangten guten Glaubens, seiner besonderen Erfahrung und seines sorgfältigen Urteils vermuten muß, daß eine Fortsetzung des Versuches eine Verletzung, eine bleibende Schädigung oder den Tod der Versuchsperson zur Folge haben könnte.

Zitiert nach: Mitscherlich & Mielke (Hrsg.), 1960 – Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Frankfurt am Main, Fischer. S. 272 ff. Ethikkommission DGP e.V. <http://ethik.dg-pflegewissenschaft.de><<

Nach dem Ende des Ärzteprozesses wurde der Nürnberger Kodex als völkerrechtlich verbindliche Richtschnur für die Beteiligten an medizinischer Forschung verkündet und Teil des Völkerrechts. Der Nürnberger Kodex wurde später von den nationalen und internationalen medizinischen Organisationen kaum beachtet. In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 zur informellen Selbstbestimmung und in Deklarationen des Weltärztebundes wurde der völkerrechtliche Status des Nürnberger Kodex jedoch bestätigt.

Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson und nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) berichtet später (x165/-415): >>... Unser erster Prozeß nach Jacksons Ablösung befaßte sich mit deutschen Ärzten, die in Konzentrationslagern unmenschliche Experimente an Gefangenen durchgeführt hatten. Es waren ungefähr 20 Angeklagte, von denen sieben hingerichtet wurden.

Es gab einen Prozeß gegen deutsche Richter, drei Prozesse gegen SS-Angehörige, zwei Prozesse gegen Militärpersonen und einen Prozeß gegen Diplomaten. Drei Prozesse befaßten sich mit der Industrie, mit Flick, der IG Farben und Krupp. Aber bald nahmen die Dinge einen anderen Lauf.

Mit dem ersten erfolgreich abgeschlossenen Prozeß änderte sich das gesamte politische Klima in der Besatzungszone. Der Eiserne Vorhang senkte sich, der Versuch, das besetzte Deutschland gemeinsam zu verwalten, war gescheitert. Dann kam die Berliner Luftbrücke, und die große Feindschaft zwischen Ost und West begann.

Unsere Einstellung gegenüber Deutschland – was das Politische und auch das Militärische betraf – änderte sich von Grund auf. Wir wollten Deutschland auf unserer Seite sehen. Diese Haltung beeinflusste meiner Meinung nach auch die Urteilsprüche in den noch ausstehenden Prozessen.

Es wurden eine ganze Menge Todesurteile verhängt, hauptsächlich gegen SS-Leute, die unmittelbar für die Judenvernichtung verantwortlich waren. Zahlreiche dieser Urteile waren noch nicht vollstreckt, als General Clay, der Chef der Militärregierung im besetzten Deutschland, abgelöst wurde. John McCloy, der seinen Platz als Hochkommissar einnahm, hob viele

dieser Todesurteile auf. Nur noch fünf Personen wurden hingerichtet.<<

Der ehemalige bayerische Scharfrichter Johann Reichart (1893-1972, "König der deutschen Henker", richtete allein in Stadelheim 1.200 Gegner des Nationalsozialismus hin) wird am 20. August 1947 von der Spruchkammer München zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt (x111/-356).

22.08.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 22. August 1947 über die Exportmesse in Hannover "Die Messe im Westen" (x115/109-111): >>Aus den Ruinen Hannovers ist eine Messestadt gewachsen; ein Ereignis, das zu würdigen ist, aber gleichzeitig zu einer allgemeinen Betrachtung veranlaßt. Messen sind zu allen Zeiten als rationelle Form des Warenvertriebs geschätzt worden. ...

Obwohl heute der Absatz von Waren im Gegensatz zu früheren üppigeren Zeiten kein Problem ist, da die Ware den Verkäufern buchstäblich aus der Hand gerissen wird, erfüllt die Messe heute gleichwohl eine wichtige Aufgabe; sie erleichtert dem Käufer den vollständigen Überblick über das, was erzeugt wird und ermöglicht eine persönliche Fühlungnahme zwischen Verkäufer und Käufer.

Der Messegedanke hat zudem durch die besonderen Nachkriegsverhältnisse einen kräftigen Impuls erhalten. Der Wirtschaftsverkehr zwischen den einzelnen Landesteilen ist erschwert und zwischen den Staaten weitgehend unterbrochen. Dieser lähmende Warenaustausch erfordert Gegenmaßnahmen. Und zu ihnen müssen in erster Linie die Messen gerechnet werden, die Ausländer ins Land ziehen und dadurch dem Export Auftrieb geben.

... Die Exportmesse in Hannover freilich, die jetzt ihre Premiere hat, erfüllt eine besonders wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Sie ist die erste große Vollmesse der Vereinigten Zonen und übt schon aus diesem Grunde eine starke Anziehungskraft auf die Geschäftswelt des In- und Auslandes aus. Schon äußerlich ist es eine großartige Leistung, wenn in wenigen Monaten eine neue großartige Messeeinrichtung mit 22.000 Quadratmeter gedecktem Ausstellungsraum aus dem Boden gestampft wurde. Fast einem Dutzend wichtiger Industriezweige ist hier Gelegenheit geboten, vielfältige Erzeugnisse zur Schau zu stellen.

Nichts wäre verfehlter, als die neue Messe im Westen zum Anlaß kritischer Vergleiche zu mißbrauchen. Hannover ist weder gegen die altherwürdige Leipziger Messe gerichtet noch will ihre Existenz die Zonengrenzen oder die wirtschaftliche Trennung des Ostens vom Westen betonen. Die Hannoversche Messe will nichts anderes, als die westlichen Zonen in ihrem wirtschaftlichen Lebenskampf unterstützen. ...

... Die erste große Messe in Hannover wurde am Montag (dem 18.08.1947) unter zahlreicher Beteiligung feierlich eröffnet. Bereits am ersten Tag ergoß sich ein Menschenstrom in die Ausstellungshallen; 16.000 Besucher, unter ihnen 500 Ausländer, vor allem aus England, der Schweiz, Holland, Belgien und den nordischen Ländern, wurden gezählt.

Rund 1.300 Ausstellerfirmen aus den beiden Westzonen und aus dem britischen und amerikanischen Sektor Berlins sind vertreten. Die Stadt Hannover hat mustergültige Messebauten geschaffen. Das Messegelände in dem nicht gerade verkehrsgünstigen Vorort Laatzen gelegen, beherbergte bis vor wenigen Monaten eine inzwischen demontierte Rüstungsfabrik, ein großes Leichtmetallwerk.

Der Bedeutung dieser ersten großen Exportmesse im Westen entsprechend haben die vier Gouverneure der britischen Zone und die vier Direktoren der amerikanischen Militärregierung die Schirmherrschaft übernommen. ...

Die am ersten Tag abgeschlossenen Geschäfte mit ausländischen Käufern beliefen sich auf 55.000 Dollar, von denen allein 45.000 Dollar auf Holland entfielen, das vor allem Abschlüsse in Autos, Motoren und Porzellan tätigte. Von besonderer Bedeutung auf der Messe ist die Halle der Exportbörse, in der die Außenhandelskontore der 8 Länder der beiden Westzonen

und Berlin, die JEIA, das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden, die US- und britischen Handelsvertretungen unter einem Dach untergebracht sind. Damit haben Käufer und Verkäufer die Möglichkeit, ihre Abschlüsse sofort an Ort und Stelle unterschreiben und genehmigen zu lassen. ...

Ein Rundgang durch die Hannoversche Messe vermittelt dem Besucher einen eindrucksvollen Beweis von der wiederbeginnenden Leistungsfähigkeit der deutschen Exportindustrie. Aber auch die Vielseitigkeit des Angebots fällt unmittelbar ins Auge. ...

... Ausländische Interessenten äußerten sich recht befriedigend über die Leistungen der Messe. Ein belgischer Fabrikant erklärte zum Beispiel, Belgien könne nicht alles, was es benötige, aus den USA und den anderen Exportländern beziehen und sei daher daran interessiert, seinen Handel mit Deutschland zu intensivieren. ...<<

23.08.1947

WBZ: Die deutsche Schriftstellerin Irmgard Keun (1905-1982) kritisiert am 23. August 1947 in einem Brief die damalige "Flucht in die religiöse Innerlichkeit" (x111/357): >>Der ganze Boden in Deutschland stinkt noch nach Mord und Leichen, und nun zieht sich ein Schleim von Frömmigkeit darüber. ...<<

August 1947

Ungarn: Ab August 1947 beginnen die Ausweisungstransporte in die sowjetische Besatzungszone (x008/63E).

Die kommunistische Partei führt diese Umsiedlungsaktion rücksichtslos und willkürlich durch. Die Ausweisung der Ungarn-Deutschen wird in erster Linie als ein Mittel der Enteignungspolitik genutzt. Etwa 50.000 Volksdeutsche werden in die Sowjetzone transportiert (x008/65E).

05.09.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 25. September 1947 (x095/71): >>... Wie ich ziemlich zuverlässig gehört habe, kann man damit rechnen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland im Laufe des Jahres 1948 alle zurückkommen. ...<<

Polen: Die polnische Regierung beschließt am 5. September 1947 ein Dekret über die Außerkurssetzung des deutschen Metallgeldes (x003/419): >>... Art. 1. Das deutsche Metallgeld ... hört mit dem Tage der Veröffentlichung dieses Dekrets auf, Zahlungsmittel innerhalb des polnischen Staates zu sein.

Art. 2. 1. Alle Finanzämter sowie Abteilungen der Polnischen Nationalbank tauschen das außer Kraft gesetzte deutsche Metallgeld in polnisches Geld im Verhältnis 2 Pfennig = 1 Groschen um. ...

3. Der Umtausch des deutschen Metallgeldes beginnt am 3. und endet am 30. Tage nach Veröffentlichung dieses Dekrets. ...<<

09.09.1947

WBZ: Die Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtet am 9. September 1947 über die Entnazifizierung (x116/20): >>... Nach der Kapitulation trat die Naivität der Deutschen erschreckend zutage, die mit sofortiger Ankurbelung der Wirtschaft, Aufbau der zerstörten Städte, Sendung von Lebens- und Genußmitteln rechneten.

Schuldgefühl, Scham, das Gefühl zur Verpflichtung der Wiedergutmachung fanden sich eigentlich nur bei der oben beschriebenen Minderheit der "Konsequenten", die die geringste moralische Schuld hatte. Man schimpfte auf die "Verbrecher", die "großen Nazis", aber weniger weil diese den Krieg begonnen, sondern weil sie ihn nicht rechtzeitig beendet hatten. ...

Die politische Unreife des deutschen Volkes zeigt immer wieder die große Aufgabe der Presse und Parteien. Sie müssen das Volk erziehen, indem sie ihm unbequeme Wahrheiten sagen.<<

12.09.1947

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 12. September 1947 einen Runderlaß betreffend die Repatriierung deutscher Kinder (x003/420): >>Im Zusammenhang mit der Durchführung der letzten Etappe der Repatriierung der Deutschen aus Polen ist es notwendig, alle deutschen Kinder, die sich noch innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete in Kinderheimen, Heimen für Mutter und Kind, Anstalten aller Art oder bei Pflegefamilien befinden, zu verifizieren oder endgültig aus der polnischen Volksgemeinschaft zu eliminieren.

Zu diesem Zweck hat das Ministerium ... ein Spezialverfahren für diese Fälle angeordnet ...

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete weist gleichzeitig darauf hin, daß es notwendig ist, die Repatriierungsaktion besonders gewissenhaft durchzuführen, wenn es sich um alleinstehende Kinder, d.h. um Kinder ohne elterliche Fürsorge handelt.

Die Repatriierung und die Einteilung dieser Kinder zu den Transporten dürfen einzig und ausschließlich auf Grund von Entscheidungen der Kommissionen ... erfolgen. ...<<

Der Minister für Öffentliche Sicherheit und für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 12. September 1947 außerdem die Bildung von Kommissionen zur Repatriierung deutscher Kinder (x003/421-425): >>§ 1 Bei jedem Kreisamt sowie bei allen Verwaltungen kreisfreier Städte werden für die Zwecke der Regierungsverwaltung Kreiskommissionen für die Repatriierung deutscher Kinder gebildet, während gleichzeitig bei den Wojewodschaftsämtern Berufungskommissionen gebildet werden. ...

§ 8 Das Verfahren betrifft deutsche Kinder, die ständig oder zeitweilig die elterliche Fürsorge entbehren; in den Wiedergewonnenen Gebieten betrifft das Verfahren Kinder, gegenüber denen die begründete Vermutung besteht, daß sie aus diesen Gebieten stammen oder während der Okkupation die Verbindung mit ihren Eltern verloren haben; in den übrigen Gebieten Polens betrifft das Verfahren Kinder, gegenüber welchen die begründete Vermutung besteht, daß sie von Deutschen abstammen. ...

§ 11 Die Kreiskommission entscheidet durch einstimmigen Beschluß darüber, ob das betreffende Kind gemäß dieser Instruktion nach Deutschland repatriiert werden soll. ...

§ 19 Als von dieser Instruktion betroffene deutsche Kinder gelten zeitweise oder ständig die elterliche Fürsorge entbehrende Kinder:

1. deren Eltern Staatsangehörige des ehemaligen Deutschen Reiches deutscher Nationalität sind oder waren,
2. deren Eltern die polnische Staatsbürgerschaft nach dem Dekret vom 13. September 1946 ... (die) polnische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, mit Ausnahme von Kindern über 13 Jahren, welche die Absicht bekunden, in Polen zu bleiben und die in den Punkten 3 und 4 dieses Paragraphen genannten Eigenschaften nicht besitzen.
3. bezüglich welcher das Untersuchungsverfahren das Vorhandensein eines ausgeprägten Gefühls ihrer deutschen nationalen Besonderheit erweist,
4. die in einem solchen Maße durch den hitleristischen Geist verdorben sind, daß ihr Verbleiben in Polen lästig ist,
5. bezüglich welcher beurkundete und unzweifelhafte Meldungen ihrer im Ausland lebenden deutschen Eltern eingehen,
6. welche deutsche Eltern besitzen, die sich in Polen in Gefängnissen, Zwangsaufenthaltslagern oder Zwangsarbeitslagern befinden sowie Gefängnisstrafen für faschistisch-hitleristische Verbrechen verbüßen.

§ 20 Die in § 19 genannten Kinder werden nach Deutschland repatriiert.

§ 21 In jedem Falle ist zu prüfen, ob nicht die Voraussetzungen für das Verbleiben des Kindes in Polen gegeben sind ...

§ 23 Aufgefundene Kinder unbekannter Herkunft oder Kinder, deren Eltern verschollen sind

oder beim Verlassen der Wiedergewonnenen Gebiete ihren unzweifelhaften Willen zu erkennen gegeben haben, daß das Kind die polnische Staatsbürgerschaft behalten soll, dürfen in Polen verbleiben, wenn aus den Umständen hervorgeht, daß sie sich unzweifelhaft mit der polnischen Volksgemeinschaft verbunden fühlen und keine Gefühle deutscher nationaler Besonderheit aufweisen.

§ 24 Als Wille der Eltern im Sinne der Bestimmungen des vorherigen Paragraphen gilt auch ihr Verzicht auf das Kind, der durch eigenmächtiges Verlassen des Kindes oder durch Zurücklassen des Kindes ohne Aufsicht zum Ausdruck kommt.

§ 25 Mit voller Überlegung handelnde Kinder, welche ihren Willen äußern, die polnische Staatsbürgerschaft zu behalten, und welche durch ihr Verhalten Loyalität gegenüber dem polnischen Volk und Staat bekunden, werden nicht ausgesiedelt. ...<<

USA: Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßt am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtet später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

14.09.1947

WBZ: Die Gemeinden erlassen am 14. September 1947 Richtlinien für die Erfassung der Bucheckernernte (x111/367): >>... Für jedes kg abgelieferter trockener Bucheckern wird ein Berechtigungsschein für den Bezug von durchschnittlich 160 g Öl ausgegeben.<<

15.09.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 15. September bis zum 12. Oktober 1947 täglich nur 1.432 Kalorien zugeteilt.

19.09.1947

Ostdeutschland: Stettin wird aufgrund einer sowjetisch-polnischen Vereinbarung am 19. September 1947 der polnischen Verwaltung unterstellt (x039/230).

20.09.1947

Berlin: Oberst Tulpanow (Chef der sowjetischen Informationsabteilung) eröffnet am 20. September 1947 den II. SED-Parteitag (x116/25): >>Heute haben sich schon 2 Deutschlands herausgebildet, und die Demarkationslinie ist deutlich sichtbar; aber sie scheidet nicht das westliche von dem östlichen, nicht das südliche von dem nördlichen Deutschland.

Nein, so ist das nicht. Das eine ist das Land aller fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse und der intellektuellen Schichten. Das zweite Deutschland ist das Land jener Leute, die mit Unterstützung des ausländischen und besonders des amerikanischen Kapitals das deutsche Volk wieder in das blutige Gemetzel des imperialistischen Krieges jagen wollen, daß das Mo-

nopolkapital vorbereitet.

Dieses Deutschland wird freiwillig oder unfreiwillig zur ausländischen Agentur. ...<<

24.09.1947

Berlin: Der 2. Parteitag der SED in Berlin endet am 24. September 1947 mit einer Entschlie-
ßung zur politischen Lage (x111/370): >>Nach dem politischen Versagen des deutschen Bür-
gertums ist die Arbeiterklasse zum entscheidenden Träger der neuen demokratischen Ordnung
geworden. Sie kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie geeint ist und im Bündnis mit allen
fortschrittlichen Kräften unseres Volkes arbeitet. ...

Außer den Parteien sind die demokratischen Massenorganisationen und Bewegungen ... die
Träger des demokratischen Neuaufbaus. Sie sollen von der Partei gefördert werden. Aktive
Mitarbeit der Parteimitglieder in ihnen ist notwendig. Die Überparteilichkeit der Massenga-
nisationen darf jedoch nicht beeinträchtigt werden.<<

Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender)
erklärt am 24. September 1947 (x111/370): >>Wir wollen und müssen aus den Erfahrungen
der russischen Arbeiterbewegung lernen. Wir müssen und wollen die Errungenschaften des
Leninismus genau kennenlernen, um uns das für Deutschland Passende anzueignen. ...<<

26.09.1947

SBZ: Die "Wirtschaftszeitung" berichtet am 26. September 1947 über die Leipziger Bücher-
produktion (x111/371): >>... Die deutschen Verlage stehen völlig im Schatten des SWA-
Verlages. Fast alle leistungsfähigen Druckereien und Bindereien in Leipzig arbeiten für dieses
russische Unternehmen.

Insgesamt sind für den Verlag etwa 30 Druckereien und Bindereien der sowjetischen Zone
tätig. Als erstes Buch wurde im Dezember 1945 vom SWA-Verlag eine 4,5-Millionen-
Auflage der Geschichte der kommunistischen Partei in Rußland aufgelegt.

Seit April 1946 läuft ein großer Schulbuchauftrag, der im Augenblick noch abgewickelt wird.
Es handelt sich bei diesen Aufträgen nicht um Reparationsleistungen. Die fertigen Bücher
werden prompt bezahlt. Gegenüber diesen Großaufträgen ist das, was in Leipzig für den deut-
schen Leser hergestellt werden kann, bescheiden.<<

WBZ: Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU veröffentlicht am 26. September 1947 folgen-
de Resolution (x156/54): >>Vor Beginn der Londoner Konferenz richtet die Arbeitsgemein-
schaft der CDU/CSU an die Alliierten und die gesamte Weltöffentlichkeit den dringenden
Appell, nicht zuzulassen, daß Deutschland zerrissen oder verstümmelt wird. Die Arbeitsge-
meinschaft weiß sich darin einig mit dem gesamten deutschen Volk. ...<<

28.09.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärt am 28. September 1947, die geplanten
Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfah-
ren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten,
ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwer-
lich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfah-
ren.<<

Walter Hallstein (1901-1982, Rektor der Universität Frankfurt/Main) kritisiert am 28. Sep-
tember 1947 die damaligen deutschen Parteien (x111/371-372): >>... Die Parteien sind unpo-
pular. Sie enttäuschen, weil ihr Charakter dogmatisch, abstrakt und militant ist. Sie begünsti-
gen die Entstehung von Subordination. Wir vermissen die lebendige und aktive Fühlung zwi-
schen Partei und Bürger.<<

30.09.1947

UdSSR: Das sowjetische Politmitglied Shdanow erläutert am 30. September 1947 die Gründe
des "Kalten Krieges" (x073/227): >>... Solange der Krieg andauerte, wagten die reaktionären

Kreise Englands und der USA nicht, die Sowjetunion und den demokratischen Ländern mit offenem Visier entgegenzutreten, weil sie sich wohl bewußt waren, daß die Sympathien der Volksmassen in der ganzen Welt ungeteilt auf der Seite der Sowjetunion und der demokratischen Länder waren.

Aber bereits in den letzten, dem Kriegsende vorangehenden Monaten begann die Situation sich zu ändern. Bereits im Laufe der Besprechungen auf der Berliner Konferenz der 3 Mächte im Juli 1945 zeigten die anglo-amerikanischen Imperialisten, daß sie nicht gewillt waren, die legitimen Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Länder zu berücksichtigen.<<

September 1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Frankfurt/Oder wird im September 1947 aufgelöst. Etwa 500 Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Sachsenhausen transportiert.

Von Mai 1945 bis September 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Frankfurt/Oder etwa 1.000-2.000 deutsche Häftlinge (x126/136).

Berlin: Im Treptower Park beginnt im September 1947 der Bau eines riesigen Ehrenmals (größtes antifaschistisches Denkmal in Westeuropa) für die gefallenen Soldaten der Rote Armee.

UdSSR: Georgij Malenkov, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, berichtet im September 1947 über die Politik der Sowjetunion und der USA (x067/166-167): >>... In den durch die Ausschaltung der Hauptkonkurrenten der USA, Deutschland und Japan, und durch die Schwächung Englands und Frankreichs entstandenen Verhältnissen sind die USA zu einer neuen unverhüllten Expansionspolitik übergegangen, die auf die Herstellung der Weltherrschaft gerichtet ist.

Unter diesen neuen Nachkriegsverhältnissen vollzieht sich eine Wandlung in den Beziehungen zwischen den Kriegverbündeten von gestern, die gemeinsam gegen das faschistische Deutschland und das imperialistische Japan gekämpft haben. Es bildeten sich zwei entgegengesetzte Richtungen in der internationalen Politik heraus.

Die eine Politik wird von der Sowjetunion und den Ländern der neuen Demokratie (spätere Warschauer Pakt-Staaten) verfolgt. Die Außenpolitik der Sowjetunion und der demokratischen Länder ist auf die Untergrabung des Imperialismus, auf die Sicherstellung eines festen demokratischen Friedens zwischen den Völkern und auf den größtmöglichen Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit der friedliebenden Völker gerichtet. ...

In der anderen Richtung der internationalen Politik ist die herrschende Clique der amerikanischen Imperialisten führend. In dem Bestreben die Position zu festigen, die das amerikanische Monopolkapital während des Krieges in Europa und Asien erobert hat, hat diese Clique nun den Weg der offenen Expansion betreten, den Weg der Versklavung der geschwächten kapitalistischen Länder Europas, der Versklavung der kolonialen und abhängigen Länder, den Weg der Vorbereitung neuer Kriegspläne gegen die UdSSR und Länder der neuen Demokratie, wobei sie sich des Vorwandes eines Kampfes gegen die "kommunistische Gefahr" bedient.

Den klarsten und konkretesten Ausdruck fand diese Politik des amerikanischen Kapitals in den Plänen von Truman und Marshall ...<<

01.10.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay erklärt am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden müsse (x111/373).

UdSSR: Andrei A. Shdanow (1896-1948, enger Mitarbeiter Stalins) erklärt am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/380-382):

>>Die grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Staaten nach dem Krieg haben das ganze politische Weltbild verändert.

Es ist zu einer Neuaufteilung der politischen Kräfte gekommen. Je größer der Zeitraum wird,

der uns von der Beendigung des Krieges trennt, desto schärfer heben sich zwei Grundtendenzen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der politischen Kräfte in zwei Lager entsprechen:

In das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA.

Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich. Das imperialistische Lager unterstützen auch die Kolonialstaaten, wie Belgien und Holland, Länder mit reaktionären antidemokratischen Regimes, wie die Türkei und Griechenland, die politisch und wirtschaftlich von den USA abhängen, wie die Staaten des Nahen Ostens, Südamerika und China.

Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen profaschistischen Regimes und Bewegungen.

Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte bilden das andere Lager. Die Grundlage dieses Lagers sind die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie.

Zu ihnen gehören auch Länder, die mit dem Imperialismus gebrochen haben und festen Fuß auf dem demokratischen Entwicklungsweg gefaßt haben, wie Rumänen, Ungarn und Finnland. An das antiimperialistische Lager schließen sich Indonesien und Vietnam an. Indien, Ägypten und Syrien sympathisieren mit ihm.

Das antiimperialistische Lager stützt sich auf die Arbeiterbewegung in allen Ländern, auf die kommunistischen Bruderparteien, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen und unabhängigen Ländern, auf die Unterstützung der in jedem Land vorhandenen progressiven demokratischen Kräfte.

Das Ziel dieses Lagers ist der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und der imperialistischen Expansion, die Befestigung der Demokratie und die Ausrottung der Überreste des Faschismus.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges hat alle freiheitsliebenden Völker die überaus wichtige Aufgabe der Gewährleistung eines stabilen demokratischen Friedens gestellt, der den Sieg über den Faschismus festigt. Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe fällt die führende Rolle der UdSSR und ihrer Außenpolitik zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des Sowjetstaates, der jeglichen aggressiven, ausbeuterischen Gelüsten zutiefst fremd ist und an der Schaffung der günstigsten Bedingungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft interessiert ist. Eine dieser Bedingungen ist der äußere Friede. ...

Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, daß die beiden Systeme, das des Kapitalismus und das des Sozialismus, auch eine lange Periode gemeinsam bestehen werden. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern anderer Systeme, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.

Eine ganz entgegengesetzte Politik betreiben England und Amerika in der UNO. Sie machen alles, um sich von den früher übernommenen Verpflichtungen loszusagen und sich die Hände freizumachen für eine neue Politik, die nicht auf die Zusammenarbeit der Völker berechnet ist, sondern darauf, sie gegeneinander aufzuhetzen.

Die Sowjetpolitik hält sich an den Kurs der Aufrechterhaltung loyaler gutnachbarlicher Beziehungen zu allen Staaten, die den Wunsch nach Zusammenarbeit bekunden. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens lehnt die sowjetische Außenpolitik den Grundsatz der Rache gegenüber den Völkern ab.

Wie bekannt ist, ist die UdSSR für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demilitarisierten, demokratischen Deutschlands. Genosse Stalin wies darauf hin, als er die Sowjetpolitik

in bezug auf Deutschland formulierte, daß die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage auf die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands hinausläuft. Dies ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Errichtung eines stabilen, langen Friedens.

Doch diese Politik der UdSSR in bezug auf Deutschland stößt auf den Widerstand der USA und England. Die Tagung des Rates der Außenminister im März und April 1947 in Moskau zeigte, daß die USA, England und Frankreich nicht nur bereit sind, auf die Sprengung der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands einzugehen, sondern sogar auf die Liquidierung Deutschlands als einheitlicher Staat, auf seine Zergliederung und auf eine Separatlösung der Frage des Friedens. Diese Politik wird unter den neuen Verhältnissen betrieben, da Amerika mit dem alten Kurs von Roosevelt gebrochen hat und zu einer neuen Politik übergeht - zur Politik der Vorbereitung neuer kriegerischer Abenteuer ...

Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunützen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.

In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...

Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marschall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...

Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter.

Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marschall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.

Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen.

Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...

Auf den Schultern der kommunistischen Bruderparteien Frankreichs, Italiens, Englands und anderer Länder liegt eine besondere Aufgabe. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder in ihre Hände nehmen.

Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie mutig auf der Wacht für einen festen Frieden und eine Volksdemokratie stehen werden, auf der Wacht der nationalen Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder, wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keiner-

lei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<

03.10.1947

Berlin: Der "Deutsche Pressedienst" berichtet am 3. Oktober 1947 aus Berlin (x111/374): >>Die Bemühungen aufgrund der neuen Bestimmungen über den interzonalen Zeitungs-
tausch, den Versand von Berliner Zeitungen der westlichen Sektoren in die russische Zone in
Gang zu bringen, sind bisher fehlgeschlagen.

Die Zeitungspakete kamen größtenteils in beschädigtem Zustand zurück oder wurden bei den
Zeitungshändlern der Provinz von russischen Offizieren beschlagnahmt. Die Vertriebsabtei-
lungen der Zeitungen haben daher den Versand wieder eingestellt. ...<<

05.10.1947

SBZ: Ilja Ehrenburg (sowjetischer Schriftsteller und ehemaliger "Propagandaexperte") berich-
tet am 5. Oktober 1947 in der "Täglichen Rundschau" über den großen Einfluß der sowjeti-
schen Kultur (x116/192-193): >>... Die westeuropäische Kultur von der russischen trennen zu
wollen und die russische von der westeuropäischen, zeugt einfach von Ignoranz. ...

Und was das Wesen des Sowjetsystems selbst betrifft, so übt es einen ungeheuren Einfluß auf
die Politik, die Wirtschaft und die Kultur der Welt aus. ...

Keine Truman-Doktrin trennt unsere Kultur von der europäischen, auch wenn Marshall hun-
derttausend Schecks ausschreibt und zur Verteidigung Europas gegen unsere Kultur die aus-
erwähltesten Kulturträger vom Schlage eines Churchill, Bullit und Salazar aufstehen. ...<<

11.10.1947

SBZ: Der stellvertretende SED-Vorsitzende Walter Ulbricht fordert am 11. Oktober 1947
größere Arbeitsleistungen (x156/48-49): >>... Jetzt kommt es darauf an, daß sich die neue,
demokratische Wirtschaftsordnung bewährt durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und
Verbesserung der materiellen Lage des Volkes. Dabei müssen die Belegschaften der volkseigenen
Betriebe vorangehen. Mögen die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure dieser Betriebe
es als ihre höchste Ehre betrachten, zeigen zu können, daß die Volksinitiative der "privaten
Initiative" in den großkapitalistischen Betrieben Westdeutschlands überlegen ist. ...

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben wir den deutschen
Plan des Neuaufbaus begründet, der ausgeht von der Intensivierung der Landwirtschaft, der
planmäßigen Steigerung der Produktion, der Verbesserung der deutschen Qualitätsarbeit und
der Entwicklung des Interzonen- und Außenhandels unter möglichster Vermeidung von Roh-
stoffexporten. Der Schlüssel zur Verwirklichung dieses Planes ist die Steigerung der Arbeits-
produktivität und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in In-
dustrie und Verkehrswesen.

Die Hauptkraft zur Lösung dieser großen Aufgabe sind die Arbeiter, Angestellten, Techniker
und Ingenieure. Sie befinden sich in der neuen demokratischen Ordnung in einem neuen Ver-
hältnis zur Wirtschaft. In den volkseigenen Betrieben arbeiten sie nicht mehr für Konzernher-
ren oder andere Ausbeuter. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte ist unmittelbar an der Steigerung
der Produktion und an der Erhöhung der Arbeitsdisziplin interessiert, denn davon hängt jetzt
die bessere Versorgung der Werktätigen ab.

Der Befehl Marschall Sokolowskis (SMAD-Befehl Nr. 234) zeigt den Weg zur Steigerung der
Arbeitsproduktivität, zur Überwindung von Gleichgültigkeit und Bummellei, er ruft das arbei-
tende Volk auf, besser zu arbeiten, die berufliche Qualifikation der Arbeiter zu erhöhen, die
Sabotage des Gegners rücksichtslos zu bekämpfen, das Schiebertum zu liquidieren und da-
durch die materielle Lage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern.

Jetzt kommt es darauf an, in jedem Betrieb den Produktionsplan zur Sache der ganzen Beleg-
schaft zu machen, durch regelmäßige Produktionsberatungen die Arbeitsorganisation zu ver-
bessern, die Qualität der Arbeit zu erhöhen und für die bestmögliche Ausnutzung der Rohstof-
fe zu sorgen.

Wieviel Rohstoffe werden heute noch für die Herstellung unnützer Waren verwendet, während man mit den gleichen Rohstoffen nützliche Gegenstände des Massenbedarfs herstellen könnte. Wieviel Rohstoffabfälle gibt es heute noch in den Betrieben, die sehr wohl für die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für die Werktätigen ausgenutzt werden könnten. Mögen die Ingenieure und Techniker, deren technische Kenntnisse so lange für Vernichtungszwecke ausgenutzt wurden, nunmehr beweisen, daß sie durch ihre Erfindungen, durch ihre Vorschläge für die Einsparung von Rohstoffen wirkliche Ingenieure des friedlichen Aufbaus sind.

Es ist an der Zeit, daß neue Methoden der Arbeit Anwendung finden. Der Wettbewerb zwischen den volkseigenen Betrieben ist zu entfalten, und die Bummelei, Gleichgültigkeit, schlechte Arbeitsorganisation, Vernachlässigung des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsfürsorge sollen in Betriebswandzeitungen und in der Tagespresse selbstkritisch behandelt werden.<<

13.10.1947

SBZ: Die SMAD genehmigt am 13. Oktober 1947 die "Arbeitsordnung für volkseigene, SAG- und andere Betriebe" (x111/378): >>Die Arbeitsordnung hat den Zweck, eine hohe Arbeitsdisziplin der Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten, die Arbeit richtig zu organisieren, die Arbeitszeit rationell auszunutzen, die Arbeitsleistung im Betrieb zu erhöhen und den Schutz der Arbeitskraft sicherzustellen. ...

(Arbeitsdisziplin) ... Der Arbeitslohn wird für tatsächlich geleistete Arbeitszeit, für Stück- und Zeitlohnarbeit berechnet. Falls bei Akkordarbeit der Arbeiter bei der Herstellung des Ausschusses fahrlässig gehandelt hat, so wird der Schaden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vom Lohn ersetzt. ... Bei solchen Differenzen ist die Akkordkommission mit heranzuziehen. ...

Die Förderung der besten Arbeiter und Angestellten erfolgt durch die Betriebsleitung nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat. Zur Erreichung einer höheren Arbeitsleistung der Arbeiter werden für systematische Erfüllung der Normen ohne Herstellung von Ausschuß ... monatlich Danksagungen mit Angabe der Namen der Arbeiter und der über die Norm hergestellten Menge vom Abteilungsleiter auf einer besonderen Tafel bekanntgegeben. ...

Die besten Arbeiter und Angestellten, die eine hohe Arbeitsdisziplin zeigen und eine hohe Arbeitsleistung aufweisen, werden in erster Linie in Sanatorien und Erholungsheime eingewiesen, wobei der Betrieb Zuschüsse leisten kann. ... (Ihnen) wird in erster Linie die Möglichkeit zur Beschaffung von Kleidern, Schuhwerk und anderen Industriewaren gegeben. ...<<